

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. In der heutigen „Rhein. Z.“ findet sich ein Exposé des Geh. Justiz-Rathes v. Ammon in Köln über die Entstehungsgeschichte des Art. 84, und zwar mit der Tendenz, die durch das Obertribunal gegebene Interpretation dieses Artikels als unrichtig nachzuweisen. Unglücklicherweise folgt aber aus dem durch Hrn. v. Ammon beigebrachten Material das bare Gegenteil. Das Exposé erinnert nämlich daran, daß im Jahre 1848 von der Regierung eine Bestimmung für die damals zu vereinbarende Verfassung entworfen war, welche mit dem jetzigen Art. 84 im Wesentlichen gleichlautete, namentlich auch darin, daß er von den ausgesprochenen Meinungen der Abgeordneten handelte. Allein die Nationalversammlung amendierte den Artikel und sprach die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten für alle in ihrer Eigenschaft als solche gethanen schriftlichen und mündlichen Äußerungen aus. Die oktroyirte Verfassung stellt aber die frühere Fassung der Bestimmung wieder her, und so fand dieselbe in unser jetziges Staatsgrundgesetz. Von diesen Aenderungen und Rückänderungen erzählt nun Hr. v. Ammon mit einer unglaublichen Naivität, nämlich ohne auch nur die Frage aufzuwerfen, weshalb man die eine oder die andere Fassung denn wohl vorgezogen haben möge. Hätte er das gethan, so hätte es ihm unmöglich verborgen bleiben können, daß bei Entstehung unserer Verfassungsurkunde der Gesetzgeber es absichtlich vermeiden wollte, die Abgeordneten für alle und jede „Äußerungen“ und handelte es sich um Beschimpfungen des Heiligsten und um Aufforderungen zu Aufruhr und Mord schlechterdings unverantwortlich zu machen, und daß er eben darum den Ausdruck „ausgesprochene Meinungen“ wählte. Wir sind Hrn. v. Ammon für seinen Beitrag zur Entstehungsgeschichte d's Art. 84 jedenfalls zum Dank verpflichtet.

Die Karlsruher Postkonferenz dürfte binnen Kurzem mit ihren Arbeiten zum Schlusse kommen. Wie man hört, sind die Verhandlungen wegen eines Vertrages zwischen dem deutschen Postverein und Italien einem befriedigenden Ergebnisse in letzter Zeit leider nicht näher gerückt und müssen vor der Hand als abgebrochen betrachtet werden.

Die Königl. Marine-Verwaltung hat hier mit Vorsig einen Kontrakt über Erbauung eines eisernen schwimmenden Docks (wahrscheinlich für den Winter-Hafen) abgeschlossen, und ebenso bei der Maschinenbauanstalt Egels hieselbst eine Dampfmaschine nebst Pumpen-Anlage behufs Entwässerung der beiden Trocken-Docks an der Jähde festellt.

Hr. v. Werther, der preußische Gesandte in Wien, scheint sich in Betreff der Altonaer Versammlung nicht, wie Anfangs gemeldet wurde, auf mündliche Vorstellungen beschränkt, sondern eine Depesche überreicht zu haben, welche die Minister Mensdorff und Belcredi zur Reise nach Pesth veranlaßte, um dort mit dem Kaiser zu konferiren. Wenigstens wird der in Pesth abgehaltene Ministerrath von den Wiener Blättern auf diese Angelegenheit bezogen, da in der ungarischen Frage vor Überreichung der Adresse keine wichtigen Beschlüsse zu fassen seien. Der Inhalt der Depesche, die am 2. Februar in Wien einging, soll im Wesentlichen in der „Prov.-Corr.“ bezeichnet sein. Die „M. Fr. Pr.“ sagt darüber: „Die neueste preußische Reclamation muß einen ganz besonderen Charakter gehabt haben, sonst würde sie in den offiziellen Kreisen kaum ein so große Bewegung hervorgerufen haben. Die Situation wird uns als eine fast bedrohliche geschildert.“ Auch der „Hamb. B. H.“ wird aus Wien vom 3. berichtet:

Heute findet in Osen unter Vorsitz des Kaisers ein engerer Ministerrath statt, an welchem aber nur die vier Kabinetsmitglieder, Graf Mensdorff, Graf Belcredi, Graf Esterhazy und Hofkanzler v. Majláth teilnehmen. Würde es sich um innere Reichs-Angelegenheiten handeln, so würden sicherlich auch alle anderen Kabinetsmitglieder von hier nach Osen beschieden worden sein; wäre eine die ungarische Frage betreffende Angelegenheit einer Ministerberathung bedürftig geworden, so hätte sich schwerlich Graf Mensdorff, von zwei Räthen seines Departements begleitet, ohne eine an ihn ergangene Berufung aus freien Stücken auf den Weg gemacht. Es scheint sich um eine neue Krise in der schleswig-holsteinischen Sache zu handeln, in welcher die Dinge fast wieder aussehen, wie vor dem Gasteiner Vertrage. Die Annahme, daß Preußen mittelst diplomatischer Pression eine Entscheidung in der Herzogthümernfrage zu beschleunigen strebt, bevor Österreich mit der Lösung der ungarischen Frage zu Ende gekommen, wird vielfach als eine wohlgegründete bezeichnet.

Die „Berl. Börzenztg.“ schreibt: Der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Bank-Ordnung wird gegenwärtig in den beteiligten Ministerien vorberathen und wahrscheinlich schon in der nächsten Woche dem Abgeordnetenhaus zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt werden. Außer der Kapital-Erhöhung wird derselbe, wie wir vernnehmen, auch die Errichtung von Zweig-Instituten im Auslande zum Gegenstande haben, letztere jedoch nur so weit, als es sich um die Errichtung eines Bankcomptoirs in Schleswig handelt.

Im Laufe dieses Monats scheiden die durch ihr Alter dazu berufenen Jöglings des hiesigen Kadettenkorps nach abgelegter Prüfung aus, um der Armee eingereicht zu werden. Die Zahl der Ausscheidenden wird sich auf etwa 200 belaufen, von denen ungefähr ein Drittel als Offiziere, die übrigen als Portepießträger, und einzelne Wenige als Unteroffiziere den verschiedenen Waffengattungen zugeteilt werden. Die Ausscheidenden werden aus den Instituten zu Potsdam, Wahlstadt, Kulm und Bensberg ersezt.

(Pr.-R.) Dem Landtage werden in den nächsten Tagen noch mehrere wichtige Gesetzesvorlagen zugehen, — insbesondere

das Gesetz über die Arbeiterverhältnisse und über die Aufhebung des Einzugsgeldes, welche zunächst dem Herrenhause vorgelegt werden sollen, — ferner ein Gesetz, betreffend die Haftbarkeit des Eigentümers eines Gebäudes für den durch Einsturz desselben verursachten Schaden, und des Werkmeisters, sowie der Bauhandwerker für Baumängel. — Auch die Vorlage wegen Erweiterung des Wirkungskreises der preußischen Bank wird dem Landtage bald zugehen.

(Pr.-R.) Ueber die Entwicklung und gegenwärtige Gestaltung des Landes-Dekonomie-Kollegiums geben folgende Mittheilungen Aufschluß.

Das landwirtschaftliche Vereinswesen war schon im Edikt vom 14. September 1811 als ein Mittel, den Sinn für Kulturfortschritte unter den Landwirten anzuregen, hervorgehoben und die Errichtung eines Central-Büro's in Berlin in Aussicht genommen worden, welches die landwirtschaftlichen Associationen des Landes in eine gewisse Verbindung setzen, ihnen mit Rath und That beistehen und die gerechten Wünsche der Vereine den obersten Staatsbehörden vortragen und empfehlen sollte. Aus diesem Gedanken ist die durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 16. Januar 1842 erfolgte Gründung des Landes-Dekonomie-Kollegiums hervorgegangen, als dessen Bestimmung das Regulativ vom 25. März 1842 bezeichnet hat:

einerseits dem vorgeordneten Ministerium zu dienen, theils als technische Deputation in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, theils als Organ zur Ausführung der ihm ertheilten Aufträge;

andererseits die landwirtschaftlichen Vereine in den Provinzen in ihrer gemeinnützigen Tätigkeit zu unterstützen, ihre Wirksamkeit zu befördern und ihre Verbindung unter einander und mit den Staatsbehörden zu vermitteln.

Nach 17jährigem segensreichen Wirken hat das Kollegium durch das Regulativ vom 24. Juni 1859 eine Umbildung erhalten, indem die eigentlichen Verwaltungs-Aufgaben dem inzwischen erstandenen Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten zugeschlagen, eine engere Verbindung zwischen diesem und dem Kollegium herbeigeführt und in dem letzteren das praktische Element durch Vertreter aller Provinzen verstärkt worden ist.

Das Kollegium besteht jetzt einschließlich des Vorsitzenden und des General-Sekretärs aus 24 ordentlichen und 16 außerordentlichen Mitgliedern, darunter befinden sich die Präsidenten aller landwirtschaftlichen Central-Vereine des Staates, sowie die Direktoren der vier landwirtschaftlichen Akademien.

Die Ernennung des Herrn J. A. Wright zum Gesandten der Vereinigten Staaten am prußischen Hofe ist vom Senate des Kongresses bestätigt worden.

Gumbinnen, 5. Februar. Die „Pr.-Litt. Ztg.“ ist in der letzten Woche dreimal hintereinander konfisziert worden, immer wegen Besprechungen des Obertribunals-Beschlusses, und erklärt jetzt, in Bezug auf diese Angelegenheit sich auf Mittheilung der betreffenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beschränken zu wollen.

Magdeburg, 5. Februar. Die wichtigste Frage, welche die Bewohner unserer Stadt beschäftigt, ist immer noch die der Stadterweiterung. In Folge der gewaltigen Zunahme der Bevölkerung in den letzten Jahren haben die Preise der Wohnungen eine Höhe erreicht, die den Berlinern wenig nachstehen, und dabei lassen die Magdeburger Wohnungen im Vergleich zu den Berlinern sehr viel zu wünschen übrig. Gärten findet man jetzt so gut wie gar keine mehr, auch der kleinste Fleck wird zur Baustelle benutzt. Daß dabei, namentlich wenn man die sehr engen Straßen und den Mangel an Lust und Licht bedenkt, der Gesundheitszustand gerade nicht der erfreulichste ist, liegt auf der Hand. Sicherem Vernichten nach wird die Frage der Stadterweiterung glücklicher Weise bald entschieden sein. Die Verhandlungen zwischen den betreffenden Behörden sind ihrem Abschluße nahe, und hoffentlich in recht kurzer Zeit werden wir neue Stadttheile mit besseren und breiteren Straßen entstehen sehen.

Altona, 6. Februar. May hat sein erstes Verhör bestanden. Die Drohung der Ausweisung ist unerwähnt geblieben. — Laut den „Alt. Nach.“ werden die preußischen Festungsbauanlagen von Düppel und Alsen schleunigst armirt.

Kiel, 6. Februar. Seitens der österreichischen Statthalterchaft ist das von dem preußischen Marine-Fiskus der Landes-Regierung gemachte Auerbitten, ihm denjenigen Theil des Gebiets der ehemaligen Düsselbrooker Bade-Anstalt, welcher bisher nur für die Dauer der Aufrechthaltung einer Bade-Anstalt daselbst in Erbpacht gegeben, als Eigenthum und zwar gegen Verzicht auf das mit dem Platze verbundene Bade-Privilegium zu überlassen, nun mehr angenommen worden. Der preußische Marine-Fiskus hat dadurch ein sehr wertvolles Stück Land, die Einwohner Kiels die lange ersehnte freie Bade-Konkurrenz erhalten. — Am Sonnabend voriger Woche ist das Schreiben des Berliner Kammergerichts, welches die Verbafung, bez. Auslieferung des Adalbertus May verlangt, an die österreichische Statthalterchaft hier selbst eingetroffen. Das Schreiben ist, nachdem die Statthalterchaft mehrfach in dieser Angelegenheit Berathungen gepflogen, an das Kammergericht nach Berlin mit dem Bemerkung zurückgefandt, daß nicht die Statthalterchaft, sondern die holsteinischen Gerichtsbehörden die Instanz seien, an welche das Verlangen zu richten. Die Requisition wird jetzt an das Magistrats-Gericht in Altona, bez. an das Obergericht in Glückstadt und zuletzt an das Ober-Appellationsgericht in Kiel zu richten sein.

Leider hat sich Ende voriger Woche der betrübende Vorfall ereignet, daß der Hauptmann im Kgl. See-Bataillon, Grüzmacher, durch einen Säbelhieb einen Soldaten seiner Kompanie aus Unvorsichtigkeit beim Tirailleur am Kopfe verwundet hat.

Durch schnell herbeigerufene ärztliche Hülfe ist die Wunde glücklicher Weise nicht gefährlich geworden, und der Soldat wird bereits in einigen Tagen als geheilt aus dem Marine-Lazarett entlassen werden können. Dieser Vorfall wird von der Presse leider in leidenschaftlicher Weise ausgebeutet. — Wie wir bestimmt vernommen, ist dem Statthalter Freiherrn v. Gablenz, anlässlich der Altonaer Massenversammlung, Ende voriger Woche eine Missbilligung seitens seiner Regierung aus Wien zugegangen.

Aus Schleswig wird dem „H. C.“ berichtet: Der Gouverneur Frhr. v. Manteuffel läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um den Österreichischen Waffenbrüder alle Ehre und Rücksicht widerfahren zu lassen. So war von ihm am 3. Februar Vormittags eine militärische Todtentfeier auf dem Königsbügel angeordnet. (Preußisches Militär war dazu von hier ausgerückt, der Militär-Prediger Koch hielt an Ort und Stelle eine entsprechende Ansprache. Seitens der Bürgerschaft war angefragt, ob einer Feier zu Ehren dieses Tages Hindernisse entgegenständen. Da dies selbstverständlich verneint wurde, begaben sich Nachmittags die Kampfgenossen ebenfalls an Ort und Stelle und schmückten das Denkmal mit Blumen und Kränzen.)

Augsburg, 5. Februar. Der „A. A. Z.“ zufolge ist be schlossen, die Feiungseigenschaft der Stadt Augsburg sei aufzuheben, die Reversen werden zurückgegeben, über den Verkauf des Feiungseigentums soll zunächst mit der Stadt verhandelt werden.

München, 6. Februar. Eine Broschüre, die mit ihrem barocken Titel: „Wie dummklingt es in Bayern zu!“ an ein schon vor 100 Jahren unter gleichem Titel erschienenes, alshald konkästiges Flugblatt erinnert, macht gegenwärtig großes Aufsehen. Der Verfasser, der übrigens mit den bayerischen Verhältnissen die Lage sämtlicher deutschen Mittelstaaten ins Auge faßt, kritisiert und verurteilt das Verhalten aller bestehenden Parteien wie des Volkes überhaupt.

Einer der Schlüsse lautet: „Wenn der Polizeimeister von Europa die Augen schließt, dann wird man die Wirkung davon sehen, daß in Deutschland seit 17 Jahren über 100 Millionen Menschen auf den Eisenbahnen gefahren sind. Bis dahin aber lasse man das Lügen und die Wohldeuterei gehen; sie dienen nur dazu, um auch gütendende Menschen an den werthvollsten Hoffnungen der Nation zeitweilig irre zu machen.“

Wien, 5. Februar. Heute verlautet, J. M. die Kaiserin werde nach etwa acht Tagen aus Pesth-Ofen hierher zurückkehren, Sc. M. der Kaiser aber den Aufenthalt dort bis zum 20., vielleicht sogar bis Ende d. M. verlängern. Die Nachricht ist vorerst unbeglaubigt, bestätigt sie sich aber, so kann wohl an den Gerüchten über die üble Stimmung gegen Ungarn, welche in maßgebenden Kreisen anlässlich der jüngsten Vorgänge in den Pesther Parteialtern herrschen soll, nicht eben viel Wahres sein. Die nächsten Tage werden zeigen, was von diesen Gerüchten zu halten ist; überhaupt möchte es sich empfehlen, den Wortlaut des Deak'schen Abresentwurfs abzuwarten, ehe man über das Schriftstück den Stab bricht. Deak ist der Mann, der mit gegebenen Gründen zu rechnen und den Verhältnissen ihr Recht zu gewähren gewohnt ist; bei aller Liebe zum eigenen Lande und bei aller Wahrung des Rechtsstandpunktes wird er schwerlich Unauführbares begehrn und den für Ungarn günstigsten Zeitpunkt zur Wiedergewinnung seiner Autonomie durch unfruchtbare Rechthaberei und Verfolgung utopischer Pläne ver meiden. Die Alarmstufe in den Wiener Blättern, daß Alles so gut wie verloren und der Ausgleich definitiv gescheitert sei, schießen doch beträchtlich über das Ziel hinaus; pessimistische Anschaunungen ist man bei unseren Centralisten seit längerer Zeit gewohnt, und man kann sie ihnen zu gute halten. Vor der Hand ist kein Grund vorhanden, alle Hoffnungen fallen zu lassen; daß die Sache ganz glatt und gleichsam im ersten Anlaufe sich erledigen werde, hatte ohnehin kein Denkender erwartet. Der Satz scheint uns sehr berechtigt, daß wir den Ausgleich haben werden, weil ihn beide Theile brauchen und zwar nothwendig brauchen.

Wien, 6. Februar. Gestern entspann sich im niederösterreichischen Landtage eine Diskussion über eine Frage, welche ein weit tragendes politisches Interesse hat. Nach der für die Landtage gültigen Wahlordnung vom Jahre 1861 hat die Wahl der Abgeordneten von den betreffenden Wählern mündlich zu geschehen. Nun hat in dieser Session der Abg. v. Czedlik den Antrag eingebracht, der Revisionsausschuss möge in Erwägung ziehen, ob das Prinzip der mündlichen Wahl nicht durch jenes der schriftlichen Wahl zu ersehen sei. Der Revisionsausschuss hat sich mit einer Majorität von fünf Stimmen gegen vier für die Beibehaltung des bisherigen Prinzips der öffentlichen Wahlen ausgesprochen. Dagegen hat der Landtag, nach dem Antrage des Abg. Dr. v. Perger, das Prinzip der schriftlichen geheimen Wahlen anerkannt und den Ausschuss beantragt, die diesbezüglichen Änderungen der §§. 40 und 41 der Landtags-Wahlordnung tem Hause vorzulegen.

Pesth, 5. Februar. Die bekannte Affaire bezüglich der Beigerung der jungen Magnaten, der Suite Sr. Majestät Karten auszufolgen, hat eine Spaltung in der ungarischen Aristokratie hervorgebracht. Die Hausfrau des Balles, Gräfin Reglevich (Tochter des gehängten ungarischen Ministerpräsidenten Bathianyi), erklärte sich mit dem Vorgange des Ball-Komite's einverstanden und die Mehrzahl der jungen Magnaten schaft sich um den Ausspruch der sehr beliebten und tonangebenden Gräfin. — Der Kaiser hat die konfiszirten Güter Herencseny und Telsőpanja des Grafen Ladislaus Teleki seinen Erben zurückgegeben. — Die Minister Grafen Belcredi und Mensdorff sind heute nach Wien zurückgereist.

Ausland.

Paris, 5. Februar. Aus dem, was uns aus den nordamerikanischen Blättern mitgetheilt wird, zu schließen, wird der

Glibusterstreich gegen Bagdad in den vereinigten Staaten überall getadelt. Gewiß scheint zu sein, daß das Tuilerien-Cabinet Ursache hat, mit den Auslassungen des Präsidenten Johnson zufrieden zu sein. Es ist hier sogar gemeldet worden, daß die Regierung von Washington den General Sherman dahin bedeutet habe, sie werde ihn von seinem Kommando abberufen, wenn er nicht dafür sorge, daß solche Ereignisse sich nicht wiederholen. Dagegen legen unsere offiziösen Blätter einen zu großen Werth darauf, daß der (gerade am Grenzflusse Rio Grande befindende) General Weitzel in Ruhestand gesetzt wurde. Er befand sich schon vor länger als sechs Wochen auf der Liste der General-Offiziere, welche ihre Entlassung erhalten sollten.

— Die Pariser Zeitungen sind sehr leer, Neuigkeiten von Belang giebt es gar nicht. Der ultramontane „Monde“ tadelte den Erzbischof von Paris und dessen Schüling, den berühmten Kanzleredner Pater Hyacinthe, das werden die beiden geistlichen Herren wahrscheinlich gemeinsam mit Ruhe tragen; nun aber fängt der „Siccle“ (so was wie die Volkszeitung bei uns) an, sie zu loben, und man sieht die Freunde der genannten Herren sehr bedenklich werden; denn lange können sie das Lob des „Siccle“ unmöglich aushalten. In der Politik leisten die Blätter nur einiges sehr mäßige Geschwätz über Mexiko; aus der Gesellschaft allerlei Klatschereien de bas étage; selbst auf dem Felde der accidents lugubret et sinistres giebt es nichts, was von Interesse für auswärtige Leser wäre, und sogar an der Stelle, die sonst Mordgeschichten („aus dem Rechtsleben“) betiteln das unsere feinen Collegen in Wien) einnehmen, finden wir nur die Verurtheilungen etlicher Fiktives, die sich, wahrscheinlich im Zustande unziemlicher Erheiterung, oder der Eraktion durch Abhynth, ungebührlich betrachten hatten. Nur der Theaterkatalog steht in voller Blüthe, und füllt seine Spalten wie immer; Frankreich ist noch immer das Land, in welchem das Theater, mit allen seinen mehr oder minder reinlichen Anhängseln, eine bedeutende Rolle in der Gesellschaft spielt — ganz erklärlich bei einem Volke, welches nichts ernsthaft treibt, als das Vergnügen.

— Der Graf de Logarne de Merliac, der während der Jagdzeit eines seiner Güter in der Umgebung von Tarbes bewohnt, ist bei einer Treibjagd verunglückt, indem sich bei dem Herabsteigen vom Pferde sein Gewehr entlud und der Schuß ihm durch das Kinn ins Gehirn fuhr. Seine Gemahlin, die in Amazonentracht der Jagd beiwohnte, ist darüber wahnsinnig geworden.

London, 5. Januar. Jamaika kommt zur Sprache, sobald die Berichte der Untersuchungs-Kommission angelangt sein werden. General Nelson hat durch eine Indiskretion Del's Feuer gegessen. Hier befragt, was er denn an Notizen über das Verhör des hingerichteten Gordon von Jamaika mitgebracht, antwortete er dem Kolonialminister: „Ich habe sie in's Feuer geworfen.“ Dies wird als Faktum gemeldet. Der Spezial-Kommissarius der „Times“ bezeichnet in Bausch und Bogen alle die Mezeileien als „Nebertreibungen“. Dem hält man entgegen, daß ja die Rapporte der Befehlshaber und die Briefe von Mannschaften selbst deren in Fülle erwähnen, und daß gerade diese Rapporte aus eigenster Hand den Grund zur Absendung der Kommission geboten haben. Charakteristisch ist der Brief eines Unteroffiziers an seine Mutter in England: „Wenn man die todtenden Nigger, groß und klein, bei einander legte, würd's mehr als zwei Meilen lang. O Mutter, solch Ding habe ich noch nie in meinem Leben gesehen. Wir schossen und hingen den lieben langen Tag. Wir konnten zuletzt nicht mehr. O Mutter, so was hab ich nie in meinem Leben gesehen. Gestern peitschten wir drei „Reverends“ (Geistliche) von den Baptisten. Als ich eben „auslegen“ wollte, kam Gegenbefehl, weil „mein Mann“ einen schneeweißen Rücken habe.“ Haben Amerikaner Recht, wenn sie sagen, das Zusammenwohnen von Weißen und Schwarzen degenerire die Ersteren, so ließe sich vielleicht eine psychologische Erklärung jener Vorfälle finden. Liest man diese Unzahl von Privatbriefen jenes Datums von der Insel, welche allmälig an die Öffentlichkeit gelangen, von den Empfängern im Original den Zeitungen zugestellt, so vergibt man die schaurigen Thatsachen beinahe über dem „Behagen“, mit dem sie geschildert werden, über den völligen Mangel an gewöhnlichster Decenz und an Bewußtsein von der eigenen Verwilderung.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 7. Februar. (Haus der Abgeordneten.) Die Budget-Kommission beriet heut den Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen. Die Einnahmen, sowie die Ausgaben, ordinäre, wie extraordinäre, wurden bewilligt. Bei Titel 13, d. zur Unterhaltung unchausserter Wege, der Wasserwerke, Brücken, Fähren, sowie der Dienstgebäude, wofür pro 1866 1,542,910 Thlr. oder 94,600 Thlr. mehr als 1865 ausgeworfen sind, entspann sich eine heftige Diskussion zwischen Kommissions-Mitgliedern und dem Regierungs-Kommissar Herrn Mac-Lean, wie es heißt, wegen einer Neuerzung des Letzteren. Es waren nämlich im vorigen Etat 1400 Thlr. gestrichen worden, welche die Regierung zur Beschaffung des Mobiliars im Dienstgebäude der Regierung zu Gumbinnen gefordert hatte. Gleichwohl ist diese Summe verausgabt worden und es ward ursprünglich der Antrag gestellt, diesen Betrag wiederum abzusezen, doch zog man den Antrag an dieser Stelle zurück.

Zu Tit. 14: zu Strom-Regulirungen und Hafen-Bauten (629,390 Thlr. oder 86,210 Thlr. weniger als 1865) war pro 1865 der Antrag gestellt worden, mehr Mittel auf die Schiffbarmachung der Oder und Weichsel, Herstellung von Nothhäfen &c. zu verwenden. Dieser Antrag soll diesmal nicht wiederholt, sondern es soll nur im Berichte darauf hingewiesen werden. — Tit. 15. 2,512,350 Thlr., d. h. 18,900 Thlr. mehr als 1865 zur Unterhaltung der Staats-Chausseen. — Tit. 16. 25,562 Thlr., d. h. 930 Thlr. mehr als 1865 zu Belohnungen und Unterstützungen für Chausseeaufseher &c., sowie zu Unterstützungen an Hinterbliebene der Chausseeaufseher und Wärter werden nicht beanstandet. — Zu Tit. 17: 1 Mill. zu Chaussee-Neubauten; hier war der Antrag gestellt, die Regierung möge einen speziellen Nachweis der zu bauenden Chausseen vorlegen und solle dann jeder Neubau einzeln bewilligt werden, doch wurde dieser Antrag auch zurückgezogen.

Bei der Berathung über den Etat für Berghütten- und Salinenwesen wurde die Regierung durch den Geh. R. Krug von Nidda vertreten. Einnahmen und Ausgaben werden überall nach

den Ansäßen der Regierung bewilligt. Die Einnahmen sind auf 15,052,706 Thlr. d. h. auf 2,127,719 Thlr. mehr als im vorigen Jahre veranschlagt, und es ward dabei hervorgehoben, daß der vorjährige Beschlüß, die Einnahmen gegen den Etat um 400,000 Thlr. höher anzusehen, begründet und berechtigt gewesen ist. — Unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben befinden sich 120,000 Thlr. zur Erwerbung des Rechts für den Staat zur Erhebung der allgemeinen gesetzlichen Bergwerks-Abgaben und Bergwerks-Steuern in der Herrschaft Broich. Die zehntschriftigen Bergwerksbesitzer der Herrschaft Broich beabsichtigen nämlich, den Privatzehnten abzulösen und sich der gesetzlichen Bergwerks-Abgabe an den Staat von 1 Prozent zu unterwerfen, wogegen die Staatskasse einen dem Kapitalwerthe dieser Abgabe entsprechenden Beitrag zu dem Ablösungs-Kapitale übernimmt. Der erforderliche Beitrag des Staates ist, wenn alle beteiligten Gruben dem Vertrage beitreten, auf die Summe von 120,000 Thlr. ermittelt.

Die Berathung über diese Forderung wurde ausgekehlt, um aus einer von der Regierung vorzulegenden Denkschrift sich näher informiren zu können. — Die nächste Sitzung findet morgen Vormittag statt.

— Die Justiz-Kommission hielt heute eine Sitzung, um den Bericht des Abg. Wachsmuth über die Claffen-Cappelmannsche Angelegenheit festzustellen. Ein Kommissions-Mitglied wies darauf hin, daß doch eigentlich Authentisches über die Vorgänge nicht bekannt geworden und die Petition allein als Anhaltspunkt genommen worden sei, worauf andererseits entgegnet wurde, daß ja der Regierungs-Kommissarius in den Kommissions-Berathungen anwesend sei, um falsche Thatsachen zu berichtigten und da dies bis jetzt nicht geschehen, müsse man die Notorietät der in der Petition angegebenen Thatsachen als unanfechtbar erachten. Der Bericht selbst wurde sodann verlesen, an mehreren Stellen denselben eine schärfere Fassung gegeben und festgestellt.

— In Abgeordnetentreffen wollte man heut wissen, die Regierung bereite erste Dinge in der Elbherzogthümmerfrage vor, welche die Mitwirkung der Landesvertretung notwendig machen dürften, und dies sei der Grund, warum die Session nicht sobald geschlossen werden würde. — Man erwartet schon für eine der nächsten Sitzungen noch mehrere Vorlagen und u. A. das Bankgesetz, dem aber jede Aussicht auf Annahme, selbst von denjenigen abgesprochen wird, welche im vorigen Jahre dafür gestimmt haben.

— Heut Abend berathen die liberalen Fraktionen über die Gegenstände, welche auf der Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung stehen.

Pommern.

Stettin, 8. Februar. Der Gerichts-Assessor v. Twardowski zu Berlin, Sohn des früheren Stadtkommandanten zu Stettin, ist zum Vice-Kanzler bei der Gesandtschaft zu Konstantinopel ernannt.

— In Wollin ist der bisherige Predigtamts-Kandidat Albert Eduard Ludwig Jensch als Rektor an der Stadtschule und Diaconus an der St. Nikolaikirche daselbst fest angestellt.

— In Alt-Damm, Landsynode Stettin, ist der Lehrer Friedrich Wilhelm Berthold Scheel fest angestellt.

— Die schon mehrfach wegen Betrug, Diebstahl und Unterschlagung bestrafte verehelichte N. zu Grabow hat seit November v. J. ein Geschäft daraus gemacht, auf Pfänder Geld zu besorgen. Sie hat aber sämtliche ihr anvertraute Sachen in ihrem Nutzen verkauft und ihren Kunden nur eine Kleinigkeit als angeblichen Pfandschilling eingehändigt.

— Der Wittwe G. am Fischmarkt sind nach und nach verschiedene Waaren, Wäsche, auch baares Geld &c. entwendet. Gestern wurde ein Theil der gestohlenen Sachen bei ihrem Dienstmädchen aufgefunden.

— Auf Betrieb des Thierschutzvereins ist in Grünhof vom Fleischermeister Hartmann eine Pferdeschlächterei eingerichtet; der Thierarzt Pöppel untersucht den Gesundheitszustand der Pferde. Vorgestern wurde das erste Pferd geschlachtet.

— Nach Breslauer Berichten ist der schwache Wasserstand der Oder jetzt wenigstens so gestiegen, daß Schiffe mit halber Ladung passieren können.

— Den auf dem Kornspeicher beschäftigten Knechten des Gutes Güstow wurde gestern ihre sämtliche Kleidung aus der Schafkammer gestohlen.

— Die „Boss. Ztg.“ hört als zuverlässig, daß der Bau der Eisenbahn von Cüstrin — Soldin — Pyritz nach Altdamm und Zweigbahn Pyritz-Stargard mit dem Frühjahr in Angriff genommen und in 2½ Jahren beendet sein soll. Der Bevollmächtigte für diese Bahn Baron von Zobelitz-Spiegelberg steht mit Berliner renommierten Bauhäusern wegen Beschaffung des Baukapitals in Unterhandlung und ist in nächster Zeit der Abschluß zu erwarten.

— (Stadt-Theater.) In Auber's „Fra Diavolo“ begann gestern Fr. Frieb als „Zerline“ ihr hiesiges Gastspiel. Die noch sehr jugendliche Sängerin bringt sehr hübsch Mittel für eine Opern-Soubrette mit auf die Bühne: eine zierliche, anmutige Persönlichkeit und eine helle, jugendfrische Stimme, die, wenn auch zart, doch von angenehmem Klang ist und in der Höhe leicht anspricht. Die Aufführung der Zerline war eine sehr liebenswürdige: ein einfaches Landkind, schlicht und natürlich, dabei aber voll allerliebster Naivität. Die Gesangsbildung wie das Spiel verrichten eine gute Schule — nun, die eine Lehrerin kennen wir: die berühmte Mutter der Debutantin, Frau Frieb-Blumauer, die schon seit Jahren zu den bedeutendsten Charakterdarstellerinnen, besonders im humoristischen Fach, der Berliner Hofbühne zählt und der deutschen Bühne schon manche tüchtige Schauspieler herangebildet hat. Auch unsere tragische Liebhaberin, Fr. Schilling, ging aus der Schule der Fr. Frieb hervor und gereicht ihr zur Zierde. — Das Publikum nahm die junge Debutantin überaus freundlich auf und dankte ihr für ihre anmutige Leistung durch mehrmaligen Hervorruß. Wir freuen uns der Fortsetzung dieses Gastspiels, das uns zunächst am Sonnabend Fr. Frieb als Pagen in der „Hochzeit des Figaro“ bringen wird. — Die Oper haben wir bei der ersten Aufführung (Sylvester) ausführlicher besprochen. Der gestrigen Aufführung müssen wir aber das Zeugnis geben, daß sie die erste in jeder Hinsicht weit überragte. Besonders Hrn. Ditger (Lorenzo) hätten wir kaum wieder erkannt, so prächtig sang er seine große Arie im letzten Alte. An der schönen Stimme des jungen Sängers haben wir nie gezweifelt, — gestern haben wir auch ge-

hört, daß Hr. Ditger durch fleißiges Studium immer mehr lernt, sie zu gebrauchen. Nur einige Jahre so fleißig weiter gearbeitet und die Früchte werden nicht ausbleiben.

† Greifenhagen, 7. Februar. Heute Morgens um 6 Uhr brach auf dem Gehöft des Bauers Langkavel zu Bartkow bei heftigem Sturm und Regenwetter Feuer aus, welches ein Stallgebäude und einen Theil des Dachstuhles seines Wohnhauses in Asche legte. Dem herabströmenden Regen und den sogleich nach dem ersten Feuerruf herbeieilenden Dorfbewohnern ist es zu danken, daß kein weiterer Schaden entstanden.

Seit dem letzten Weihnachtsfest ist dies der dritte Brandschaden, der die kleine Gemeinde Bartkow trifft und muß mit Rücksicht auf die Entstehungsart leider der Verdacht einer böswilligen Brandstiftung ausgesprochen werden.

* * **Aueklam**, 7. Februar. Heute Morgen gegen 2 Uhr brach in einem der Torställe auf dem Köppitschen Grundstück Feuer aus, welches so gewaltig um sich griff, daß binnen Kurzem sämtliche Stallgebäude ein Raub der Flammen, die Neben- und das Hauptgebäude theils mehr, theils weniger beschädigt sind. Bei dem Brandschaden sind die Aachen-Münchener, Gothaer, Leipziger und Elberfelder Feuer-Versicherungs-Gesellschaften beteiligt.

Dreptow a. N., 7. Februar. Gestern Nachmittag hatten wir ein heftiges Gewitter mit Sturm. Ein Blitzstrahl fuhr in die erst im vorigen Herbst erbaute Thurmspitze der St. Marienkirche und zerstörte das Schieferdach und einiges Mauerwerk, zum Glück ohne zu zünden.

Bermischtes.

Berlin. Nach einem jeden Hoffeste werden immer eine Menge von Gegenständen gefunden, welche die Gäste theils verloren, theils verzerrt haben. Die junge Gräfin M. v. B. verlor am 3. d. M. auf dem Hoffeste eine wertvolle Brosche. Alles Suchen nach derselben war vergebens. Nach einigen Tagen wurde dieselbe im Palais abgeliefert; sie hatte sich in der Schleppe einer Dame gefunden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 7. Februar. Nach einem Börsengerüchte hat zufolge einer Meldung aus Lemberg Smolka Konkurs angemeldet. Als Ursache wird der Besitz von Altien der Ludwigsbahn, resp. deren rapides Sinken auf 163, angegeben. — Stamm liquidirt.

London, 7. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantragten Cavendish und Graham die Adresse auf die Thronrede. Den Haupt-Worwurf gegen die Regierung bildete die Viehseuche. Der Ton der Debatte war regierungseindlich. — Im Oberhause beantragte der Marquis von Normanby die Adresse, wobei ihm der Earl Morley sekundierte. Der Herzog von Rutland will die Viehseuche vollständig verbieten. Earl Granville erklärte, indem er die Regierung gegen mehrseitige Angriffe in Bezug auf die Viehseuche vertheidigte, daß ein gegen Viehseuche gerichtetes Verbot unmöglich sei. Lord Derby kritisierte einzelne Stellen der Thronrede; er begreift nicht, wie die Zusammenkunft der Flotten eine Tendenz des Friedens dokumentieren könne, tadelte die Suspensions Sir John Tyres, Gouverneurs von Jamaika, bespöttelte den österreichisch-englischen Handelsabschluß, rügt die in der Viehseuche gezeigte Lässigkeit, erklärt, die Verschwörung der Jenifer sei eine Folge früherer Nachsicht; er kündigte schließlich an, daß er gegen eine etwaige mangelhafte Reformbill entschieden Opposition machen werde. Earl Russell vertheidigte sich mit kaum vernehmbaren Worten gegen einzelne Punkte des Angriffs und sprach die Hoffnung aus, daß er binnen Monatsfrist die Reformbill einzubringen im Stande sein werde. Die Adresse wurde angenommen.

London, 7. Februar, Abends. „Reuter's Office“ meldet: New-York, 27. Januar, Morgens. General Crawford ist in New-Orleans verhaftet und auf General Sheridan's Befehl nach Fort Jackson gebracht worden. — Nach Briefen aus Brownsville vom 7. v. M. besteht die Schaar, welche Bagdad eingenommen, hauptsächlich aus Abenteuern, Schreibern und Müßiggängern. Der Plan zum Angriff war ohne jede Kenntniß entworfen und ausgeführt. — Staats-Sekretär Seward war am 17. in Savannah ankommen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Februar. Witterung: veränderlich, abwechselnd Regen-Temperatur + 6° R. Wind: West, stürmisch.

An der Börse.

Weizen flau, loco pr. 80psd. gelber 62—68 R. bez., 88psd. gelber märker 69½ R. bez., mit Ausnuchs bunt poln. 71psd. 42 R. bez., 77psd. 52½, 54 R. bez., 88—85psd. gelber Frühjahr 70, 69½ R. bez., 69¾ R. Dr. u. Gd., Mai-Juni 71 R. bez., Juni-Juli 72½, 72 R. bez. u. Gd., Juli-August 73 Br.

Roggen matt, pr. 2000 Ps. 46—47½ R. bez., Februar—März 46 R. Dr. Frühjahr 47½ R. bez., 47½ R. Gd., Mai-Juni 48½ R. bez., Juni-Juli 49½ R. bez. u. Br.

Gerste loco pr. 70psd. Futter 24—35 R. bez., leichte Thorner 36 R. bez., schlechteste 37—39 R. bez., Frühjahr 70psd. schles. 40 R. bez., 40½ Br.

Hafser loco pr. 50psd. 26—27 R. bez., 47—50psd. Frühjahr 29 R. Gd., Mai-Juni 30 R. bez.

Erbse, loco 46—50 R. bez., Frühjahr Futter 49½ R. Gd. Br.

Rübbel behauptet, loco 15½ R. Br., 15½, 1½ R. bez., April—Mai 15½ R. bez., September—Oktober 13½ R. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Fas 14½ R. bez., Februar 14½ R. Gd., Frühjahr 14½ R. bez., Mai-Juni 15 R. Gd., Juni-Juli 15½ R. Gd.

Angemeldet: 50 Wspl. Weizen.

Berlin, 8. Februar, 1 Uhr 55 Min. Nachmittags. Staatschuldscheine 89½ bez. Staats-Anleihe 4½% 100% bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posen Eisen.-Aktien 96½ bez. Osterr. National-Anleihe 64½ bez. Bonn. Pfandbr. 4% 93½ bez. Überleb. Eisenbahn-Aktien 178½ bez. Wien 2 Mt. 97½ bez. London 3 Mt. 6. 22½ bez. Paris 2 Mt. 80½ bez. Hamburg 2 Mt. 151½ bez. Medenburger Eisenbahn-Aktien 75½ bez. Russ. Prämien-Anteile 93½ bez. Russ. Banknoten 77½ bez. Amerikaner 6% 72 bez.

Roggen Februar 46%, ½ bez., Frühj. 47, 46½ bez., Mai-Juni 47½, 7½ bez. Rübbel loco 15½ bez., Februar 15%, ½ bez., April—Mai 15½, ½ bez., Spiritus loco 14½ bez., Februar—März 14½, ½ bez., April—Mai 14½ bez., ½ bez., Mai-Juni 15½, ½ bez.

Hamburg, 7. Februar. Getreidemarkt sehr ruhig, Notirungen ab Auswärts nominell. Termine flau. Frühjahrsweizen anfangs 1 R. niedriger. Per Februar 5400 Psd. netto 115 Böhl. Br., 113 Gd. Per April—Mai 118 Br., 117 Gd. — Regen per Februar 5000 Psd. netto 82 Br., 80 Gd. Per April—Mai 80 Br. u. Gd. Oel pr. Mai 33%, pr. Oktober 27%. Kaffee ruhiger Markt, ordinäre Sorten sehr flau. Bink ruhiger Markt. — Heftiger Regen. Nachts heftiger Sturm.

London, 7. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt wenig Geschäft, Preise unverändert wie am vergangenen Montag. Frühjahrsgetreide unverändert. —